

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
liebe Verwaltung, liebes Publikum,
liebe Pressevertreter und liebe Ratsmitglieder,

meine letzte Haushaltsrede, die angeblich für sehr viel Unmut gesorgt haben soll, habe ich mit der Frage begonnen ...

„Sind Sie, Frau Bürgermeisterin, oder sind wir alle mit diesem Haushalt zufrieden?“

Meine Antwort war damals und lautet heute ...

Wohl kaum!

Denn erfolgreiche Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit!

Und diese **Wirklichkeit** möchte ich auch heute wieder einmal betrachten!

Denn wir alle zahlen Steuern, bei vielen Gelegenheiten, in unterschiedlichen Situationen, oft ohne es unmittelbar zu merken.

Bund, Länder und Gemeinden entscheiden, wofür die Steuereinnahmen ausgegeben werden, um so ihre Aufgaben erfüllen zu können.

Dabei sollte man die Steuergelder und die Steuerlast möglichst gerecht auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene verteilen.

Doch die kommunale Finanzlage wird immer dramatischer. Für das Jahr 2024 befürchten die Städte, Landkreise und Gemeinden ein Defizit von mehr als 13,2 Mrd. €.

Hohe Personalausgaben, steigende Sachaufwände, die ausgehandelten Tarifabschlüsse und vor allem die Sozialausgaben sind die wesentlichen Kostentreiber.

Generell besteht ein gravierendes strukturelles Ungleichgewicht zwischen der Aufgaben- und Ausgabenlast in den Kommunen gemessen an den gesamtstaatlichen Aufgaben!

Diese Ausgabenlast beträgt mittlerweile ca. 25 %, wobei der Anteil am Steueraufkommen für die Städte, Landkreise und Gemeinden lediglich 14 % beträgt.

**Daher sollten WIR uns parteiübergreifend dafür einsetzen,
dass diese Lücke endlich geschlossen wird!“**

**Denn geht es den Kommunen schlecht,
dann geht es dem ganzen Land schlecht!**

Aber so lange sich daran in Berlin und Düsseldorf nichts ändert, müssen wir in den Städten, Landkreisen und Gemeinden den Gürtel enger schnallen und bei den Ausgaben genauer hinschauen.

**Und, was in meinen Augen genauso wichtig ist,
wir müssen das den Menschen auch sagen und erklären!**

**Aber bitte nicht mit Halbwahrheiten,
denn die halbe Wahrheit ist bekanntlich die beste Lüge!**

Erstes Beispiel:

Es ist – in meinen Augen zumindest – unseriös, wenn man den Bürgerinnen und Bürgern in unserer Stadt in Videos und auf Plakaten androht, wenn ihr gegen eine ZUE beim Bürgerbegehren stimmt, dann wird die Grundsteuer B in Geilenkirchen erheblich steigen.

Fakt ist und so viel Sachlichkeit muss schon sein, die Grundsteuer B wird in jedem Fall erhöht, weil alle Häuser und Grundstücke in Deutschland, wie wir alle wissen, aufgrund der Rechtslage neu bewertet werden mussten und hierbei für Gewerbeimmobilien zukünftig weniger Grundsteuer gezahlt werden muss.

Da Aufkommensneutralität geboten ist, entfällt nun dieser Fehlbetrag auf die privaten Haushalte, wodurch hier Erhöhungen unumgänglich sind.

Zweites Beispiel:

Wie wir alle aus den örtlichen Medien erfahren durften, gibt es im Jugendamtsbereich Geilenkirchen eine sogenannte „Systemsprengerin“, die den städtischen Haushalt jährlich mit ca. 900.000 € belastet.

Dieser Begriff stammt – übrigens – nicht von mir, sondern ist die – interne – Definition für ein Kind oder einen Jugendlichen, der eine sehr intensive Betreuung benötigt, damit die gesetzlich vorgeschriebenen Standards für das Kindeswohl, dem wir alle verpflichtet sind und das wir gewährleisten wollen.

Egal ob wir Verständnis für diese umfangreiche Betreuung haben oder nicht, die Stadt muss diesen Betrag im Haushalt einplanen. Hier gibt es bislang keinen Ausweg.

Für dieses Kind nicht und auch für weitere Kinder nicht!

Drittes Beispiel:

Der Kreis greift – wie wir – in seine Rücklage und das zugegebenermaßen erheblich. Und dennoch steigt die Kreisumlage auch dieses Jahr wieder, und zwar von derzeit ca. 16,5 Mio. € auf ca. 17,3 Mio. € im Jahr 2025.

Wie wir alle wissen, finanziert sich der Haushalt des Kreises über die Kreisumlagen der kreisangehörigen Kommunen. Natürlich versucht die Kreisverwaltung inkl. der politischen Gremien, diese Belastung so gering wie möglich zu halten, aber 17,3 Mio. € sind eine Menge Geld und dieser Betrag muss von den Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt aufgebracht werden.

Und auch hier, mögen wir jammern und klagen, wir haben auf die Höhe keinen Einfluss.

**Daran erkennen wir,
wir werden gezwungen Geld auszugeben,
was wir nicht haben.**

**Aber wenn wir handeln wollen,
müssen wir endlich die Türe des Zweifels schließen!**

Die Personalausgaben der Verwaltung der Stadt Geilenkirchen steigen seit Jahren unaufhaltsam.

Vorweg möchte ich eines klarstellen,

die CDU-Fraktion hat zu keiner Zeit der Verwaltung unterstellt, einen schlechten Job zu machen!

Und für diese erbrachten Leistungen möchte wir uns an dieser Stelle auch noch einmal bedanken!

Ebenfalls hat die CDU in den vergangenen Jahren überwiegend diesen Personalausgaben zugestimmt und trägt somit die gleiche Verantwortung.

Dessen sind wir uns als CDU auch sehr wohl bewusst.

Aber lagen diese Ausgaben im Jahr 2006 – vor der Übernahme des Jugendamtes – noch bei ca. 8,25 Mio. € für 190 Beschäftigte,

waren es im Jahr 2009 – nach der Übernahme des Jugendamtes – schon 10,6 Mio. € für 225 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Einige Jahre später im Jahr 2014 waren es 13 Mio. € für 245 Beschäftigte

und im Jahr 2023 wuchs die Zahl der Beschäftigten auf 310 Personen mit einem Budget von 20,9 Mio. €.

Im Haushalt 2025 sind es bereits ca. 24,2 Mio. € oder anders formuliert fast 1/4 aller Aufwendungen.

Da die Tendenz weiter steigend ist, wie diese Zahlen eindeutig belegen, erscheint das der CDU-Fraktion zu viel!

Es muss ein Ende haben!

Daher beantragt die CDU-Fraktion, genauso wie es der Landrat Stephan Pusch übrigens im Kreis vormacht, im Jahr 2025 keine Neueinstellungen – Ausnahmen: Auszubildende – vorzunehmen und dadurch den städtischen Haushalt zu entlasten.

Das bedeutet allerdings nicht, dass ab sofort alles ausgesourct werden soll, auch wenn das Angebot der Fremdfirma verlockend erscheint!

Wir sehen **Möglichkeiten in einer Umverteilung der Arbeit und Belastung**, innerhalb der Verwaltung.

Im Rahmen dieser Umstrukturierung ist selbstverständlich Fingerspitzengefühl und eine überzeugende sowie sensible Kommunikation zwingend erforderlich.

Dabei sehen wir auch eine Verstärkung des KOD mit einer Frau durchaus im Bereich des Möglichen und Vertretbaren.

Wir denken, man, die Verwaltung mit Frau Ritzerfeld an der Spitze, muss nur wollen!

**Denn, wie sagte ich bereits vorhin,
wenn wir endlich handeln wollen,
müssen wir die Türe des Zweifels schließen!**

Zum Schluss meiner Haushaltsrede möchte ich, wie könnte es anders sein, noch einmal auf die ZUE im Gewerbegebiet in Niederheid eingehen.

Wir, die CDU-Fraktion, wurden in den letzten Wochen und Monaten ständig von unseren politischen Mitstreitern aus der SPD und von den Grünen kritisiert und zum Teil bevormundet.

Bei den ständigen Belehrungen war immer wieder zu hören, dass wir uns nicht positionieren wollen und keine eigene Meinung hätten.

Daher möchte und darf ich an dieser Stelle noch einmal die Haltung der CDU in dieser, **die Stadt Geilenkirchen so spaltenden**, Angelegenheit klarstellen:

1. In unserer Fraktion wurde und wird die Errichtung einer ZUE in Geilenkirchen sehr kontrovers diskutiert. Es gibt Befürworter und es gibt Kritiker.
2. Es gibt eine Menge sehr guter Argumente die für, aber eben auch gegen eine solche ZUE an dieser Stelle sprechen. Und jedes dieser Argumente hat seine Berechtigung.
3. Und genau wegen dieser erheblichen Vor- und Nachteile, die jeder von uns anders bewertet darf, ohne deswegen fremdenfeindliche Charakterzüge aufzuweisen, war und ist die CDU der Meinung, dass

diese wichtige Entscheidung für unser Zusammenleben in Geilenkirchen, von den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt getroffen und letztendlich auch mitgetragen werden soll und **muss**.

4. Dass dieses Verantwortungsbewusstsein nicht jeder politische Mitstreiter in diesem Haus verstehen kann oder will, muss diese unsere Haltung nicht abqualifizieren oder die CDU in unüberlegten Aktionismus verfallen lassen.
5. Diese ständigen verunglimpfenden Diskussionen über das Verfahren einer „Meinungsabfrage“ bei den Bürgerinnen und Bürgern verläuft leider immer noch sehr populistig, und wie gesagt, in großen Teilen äußerst unsachlich!
6. Ich möchte und darf an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich betonen, dass es von der CDU-Fraktion weder ein offizielles Video noch ein Plakat gibt, das z.B. durch die sozialen Medien geht und die politisch anders Denkenden verunglimpft oder die Situation unsachlich beschreibt, was man bedauerlicherweise nicht von allen Anwesenden hier im Ratssaal behaupten kann!
7. Der von der Bürgerliste und der CDU beantragte **Ratsbürgerentscheid**, der bereits mit der Europawahl am **09.06.2024** Klarheit – ohne nennenswerte Mehrkosten – hätte bringen können, fand nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit im Stadtrat.
Daher ist es eine bodenlose Unverschämtheit u.a. der CDU vorzuwerfen, auf Zeit zu spielen und unnötige Kosten zu erzeugen.
8. Das danach von Anwohnern beantragte Bürgerbegehren zeigt doch nur, dass die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt beim Thema ZUE unserer Meinung sind, **nämlich mitreden und mitentscheiden zu wollen!**
9. Die logische Konsequenz dieses Bürgerbegehrens war und ist der Bürgerentscheid. Aber dass es jetzt zu Komplikationen und weiteren Verzögerungen gekommen ist, haben nicht wir, die CDU-Fraktion, zu verantworten.

Abschließend möchte ich noch eine persönliche Anmerkung aussprechen, die das Verhalten einiger politischer Kräfte hier im Rat sehr zutreffend beschreibt.

Denn wenn es nach der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gehen würde, müssten die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt z.B. bei der Entscheidung, **zugegeben zugespitzt formuliert**, ob wir neue Abfallbehälter aufstellen oder wo überall ein Bürgerwald hinkommen soll, mit eingebunden werden.

Aber wenn es um die Bürgerbeteiligung in einer so hitzig diskutierten und wesentlich, wirklich jede Bürgerin und jeden Bürger betreffende Angelegenheit geht, muss der Stadtrat über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg nur JA sagen und der grüne Seelenfrieden ist wieder hergestellt.

Und genau das beurteilt die CDU-Fraktion anders! Wir sehen den Bürgerwillen hier als unabdingbar an **und halten uns nicht für allwissend!**

Abschließen möchte ich meine Haushaltsrede noch mit einem, vor mir sehr bewusst gewähltem, Zitat:

**In der Politik muss man immer Wege finden,
mit Kritik umgehen zu können!**

Die CDU-Fraktion kann und versucht das.

Und wir hoffen sehr, dass dies alle anderen Mitstreiterinnen und Mitstreiter in diesem Stadtrat auch tun!

Und jetzt die von vielen erwartete Entscheidung der CDU zu diesem Haushalt 2025:

Die CDU-Fraktion stimmt diesem Haushalt, mit der beantragten Veränderung „keine Neueinstellungen“, zu!

In diesem Sinne, vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren!